



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Neue Ziele, neue Wege : 1. Die Grundlagen unsers Staates

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Neue Ziele, neue Wege

1. Die Grundlagen unsers Staates



ind wir an dem für uns erreichbaren Ziele angelangt, und wird nun ein neuer Abweg zu neuen Leiden führen? giebt es noch Ziele, und stehen uns noch Aufgaben bevor? So fragten die Grenzboten in der Jubiläumsnummer am 1. Oktober 1891 und antworteten zunächst mit dem Hinweis auf die soziale Frage. Aber diese Antwort bedarf der Erweiterung. Täglich wird es deutlicher, daß die Lösung der Jahre 1866 und 1870 nur eine vorläufige gewesen ist, und daß uns daraus neue, riesengroße Aufgaben erwachsen sind, die unsere gesamte äußere und innere Politik umfassen. Die maßgebenden Kreise verschließen vor diesen Aufgaben beharrlich ihre Augen und weigern sich, sie anzuerkennen. Daran ist zum Teil die Selbstsucht und Bequemlichkeit der beati possidentes schuld, zum Teil ein Ideal — wir werden noch Gelegenheit haben, es näher zu bezeichnen —, das sich nicht verwirklichen läßt. Und so beschränkt man sich denn darauf, über den Verfall des nationalen Gedankens, über die Verblendung der Massen, über die Zerfahrenheit der Parteien, über die Ideen- und Kraftlosigkeit der Regierung zu jammern. Einem Mitarbeiter der Grenzboten, der wiederholt die sozialen Fragen behandelt hat, möge es gestattet sein, jenem Gejammer eine gründliche Kritik der politischen Lage und die sich nach seiner Meinung daraus ergebenden Aufgaben und Ziele entgegenzustellen. Die sozialen Verhältnisse bilden einen wesentlichen, vielleicht sogar den wesentlichsten Bestandteil der Lage, aber sie machen keineswegs die ganze Lage aus. Für heute beschränke ich mich auf eine Untersuchung der Grundlagen unsers Staates, wobei ich der Einfachheit wegen das deutsche Reich als Staat betrachte und von den besondern Schwierigkeiten, die aus seiner Gliederung in eine Anzahl halb selbstständiger Staatswesen entspringen, ganz absehe.

Grenzboten I 1894

Ein Staat kann auf die Gesamtheit seiner Bewohner, oder auf eine privilegierte Minderheit, oder auf einen unumschränkten Monarchen gegründet sein. Im letztern Falle bilden ein stehendes Heer und eine Bürokratie das Nerven- und Muskelgeflecht, das die an sich tote Füllung des Staatsgebietes, den Nährstand, mit dem Haupte verbindet und zu einem lebendigen Leibe macht. Die reine demokratische Republik ist, von der einen Seite her gesehen, das vollkommenste, indem hier der Staat auf der denkbar breitesten Grundlage, auf dem Willen aller ruht und, da alle Staatsangehörigen lebendige Glieder sind, kein totes Füllsel enthält. Allein da sie Gleichheit der sozialen Lage voraussetzt, hat sie bis jetzt immer nur in kleinen Bauernrepubliken durchgeführt werden können, schließt also höhere Kultur, Größe und Mannichfaltigkeit aus. Die Städterepubliken des Altertums und des Mittelalters waren mit Kämpfen zwischen der Aristokratie und der Volksmasse erfüllt, und immer haben sich die am längsten und besten behauptet, die ihre ursprünglich aristokratische Verfassung aufrecht zu erhalten vermochten. Bremen, Hamburg und Lübeck haben einen Selbständigkeitsrest bis in unsre Tage herein gerettet, und in allen dreien macht die „Bürgerschaft“ nur einen winzigen Teil der Einwohnerschaft aus. Die Unterthanen der durch Handel reich gewordenen Kaufherren befanden sich im allgemeinen nicht schlecht, denn diese waren meistens klug und hochherzig und handelten nach dem Grundsatz: leben und leben lassen.*) Der Rat von Venedig machte einmal in großer Kriegsnot den unterthänigen Gemeinden des Festlandes bekannt, er habe keine Truppen, sie zu schützen, und stelle es ihnen frei, sich mit den Feinden zu vertragen; sie aber erwiderten einmütig, sie würden der Republik treu bleiben und sich der Feinde erwehren, so gut es ginge.

Das alte deutsche Reich war kein Staat, sondern eben ein Reich: eine Gesamtheit von städtischen und bäuerlichen Republiken und großen Guts Herrschaften. Letztere wuchsen sich zu Staaten aus, verschlangen die Republiken und sprengten das Reich. Gleichzeitig bildete sich der Absolutismus aus, in den europäischen Großstaaten wie in den deutschen Kleinstaaten. Um 1700 gab es in Europa keine Völker mehr, sondern nur noch verschiedensprachige

*) Vor etwa dreißig Jahren, als die Arbeiterschaft schon anfang, sozialdemokratisch zu werden, aber noch nicht von fanatischem Religionshaß erfüllt war, äußerte einmal ein Arbeiterführer in der Frankfurter Zeitung: „Mit den katholischen Pfaffen können wir uns vertragen, denn die haben den Grundsatz: leben und leben lassen. Aber mit der liberalen Bourgeoisie können wir uns nicht vertragen, denn die hat den Grundsatz: selber leben und sonst niemanden leben lassen.“ Das ist aber heute nicht bloß Grundsatz der Bourgeoisie, sondern auch des Großgrundbesitzes von altem Adel. Wir haben heute gar keine Aristokratie mehr, keine Hochherzigkeit, keine Freigebigkeit, keine Opferwilligkeit für allgemeine und große Zwecke, sondern nur noch schäbige, plumpe, grobe, dumme Habgier, die nichts in aller Welt versteht, als, mit Luther zu reden, „schinden und schaben.“ (Ausnahmen bestätigen die Regel.) Das ist von großer Wichtigkeit für die Beurteilung der Lage.

Untertanen von Majestäten und Hoheiten. Der erste, der das Volkstum wieder aufweckte, war Joseph II.; durch das Übermaß seiner unsinnigen Uniformierungswut, die keinen Rest von Volkssprache und nationaler Eigentümlichkeit mehr dulden wollte, machte er das schein tote Tschechentum, das Magyarentum, das katholische Volkstum der Niederländer wieder lebendig. In allen Winkeln der habsburgischen Monarchie erinnerten sich alle Volksreste ihrer historischen Rechte und machten sie geltend „bis auf Karl den Großen zurück,“ wie Josephs Nachfolger, Leopold von Toskana, klagte, der zwar in demselben liberal-absolutistischen Gedankenkreise aufgewachsen war wie sein Bruder, aber von dessen Eigensinn frei war und seine Überstürzungen verwünschte.

Dann kam die französische Revolution und erweckte alle Völker Europas zu neuem Leben. Die Franzosen stellten, zum erstenmale in der Weltgeschichte, der Politik die ungeheure Aufgabe, in Staaten von vielen Millionen Menschen eine Verfassung durchzuführen, die bis dahin nur in Gemeinwesen von wenigen tausend, höchstens von einigen hunderttausend Bewohnern für möglich gehalten worden war. Daß sich die französischen Staatsmänner geirrt haben, indem sie ihre neue Verfassung für etwas altes, für englisch hielten, wird heute allgemein anerkannt. Allein der irrigen Auffassung lag immerhin eine Wahrheit zu Grunde. Ein Hauch der Freiheit ging in der That von England aus, sobald die Geister des Festlandes mit ihm in Berührung kamen. Nur bestand die englische Freiheit nicht in der Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung — gerade in der großen Zeit des englischen Parlaments war es vollständig davon ausgeschlossen —, sondern in der Abwesenheit bürokratischer Bevormundung und polizeilicher Beaufsichtigung und in der Fortdauer von Gewohnheiten kommunaler und genossenschaftlicher Selbstregierung, die wieder aufblühte, sobald sich das Volk aus seiner vorübergehenden Ohnmacht erholte, ferner in der Weite des Spielraums, der jedem unternehmenden Geiste in einem großartigen Kolonialbesitz offen stand. Die festländischen Konstitutionen aber waren kein englisches Gewächs; umgekehrt haben die Engländer in diesem Jahrhundert angefangen, durch stete Erweiterung der Wahlberechtigung ihre Verfassung den festländischen Konstitutionen ähnlich zu machen und sich dadurch in die Schwierigkeiten zu verwickeln, die diesen anhaften. Der Abscheu der Tories vor Homerule wurzelt in der klaren Erkenntnis, daß diese Maßregel einer der entscheidendsten Schritte in dem Prozesse sein würde, der allmählich alle Privilegien aufhebt. Sie würde das Privilegium der den irischen Boden beherrschenden englischen Minderheit beseitigen, und hinter ihr sehen die Lords auftauchen: die Aufhebung der wallisischen, der schottischen, zuletzt der englischen Staatskirche und zu allerletzt: die Verstaatlichung des Grund und Bodens von England, dessen größter Teil einigen hundert Familien gehört.

So wenig befriedigend nun auch bisher die von der französischen Revo-

lution gestellte Aufgabe: sämtliche männliche Bewohner eines 40 bis 50 Millionen Köpfe starken Volkes zu lebendigen Gliedern des Staates zu machen, im allgemeinen gelöst sein mag, so muß man doch einräumen, daß die Lösung dort, wo die Aufgabe gestellt worden war, noch am besten ausgefallen ist. Im einzelnen betrachtet, erscheint das französische Verfassungsleben so lächerlich wie irgend eines in Europa; der französische Spießbürger ist vollkommen unschuldig an den Gesetzen, die seine Vertreter machen, und er kann meistens auch nicht einmal etwas für diese seine Vertreter, die Geschöpfe teils der Regierung, teils von Cliquen sind. Aber so weit wenigstens drücken die Kammern den Volkswillen aus, als sie die Fortdauer des Staates verbürgen. Die Franzosen in ihrer Gesamtheit wollen, daß eine Staatsregierung bestehe, die leidliche Ordnung im Innern erhält, die Landesverteidigung und die unentbehrlichen Verwaltungszweige besorgt, und sie wollen, daß ihr Staat keine Monarchie, sondern eine Republik sei, sodaß sie es in der Hand behalten, die Spitze zu wechseln, wenn sie ihnen nicht mehr gefällt. Der Franzose ist keineswegs entzückt von der Beschaffenheit seines Staatswesens, er jammert, er lacht und er schimpft über seine Minister, über seine Deputirten, über die Gesetze, über den Steuerdruck und über tausend andre Dinge, aber in Ermangelung eines Bessern läßt er sich diesen Staat gefallen und zieht ihn der Anarchie wie der Monarchie vor. Gerade die Erbärmlichkeit aller französischen Regierungen seit 1870 ist ein Beweis dafür, daß die ungeheure Mehrzahl der Franzosen den Fortbestand des gegenwärtigen Staates will. Denn fände ein bedeutender Bruchteil des Volkes, ein Drittel oder die Hälfte, die Lage unerträglich, so wäre nichts leichter als eine Revolution. Das Heer ist ein Volksh heer, und die Regimenter würden sich auf die Seite der Volksmassen stellen, aus denen sie sich rekrutieren. Das Heer steht im Dienste nicht eines Königs oder einer Dynastie, sondern der Republik, die das organisierte französische Volk ist, und die untadelhaft gestärkte weiße Halsbinde des Herrn Sadi Carnot ist kein Heiligtum, das französische Soldaten bewegen könnte, treu bis in den Tod zu sein — gegen die Interessen des Volkes, dessen bewaffneter Teil sie sind, und auf die eignen Brüder und Väter zu schießen. Beim Einfall eines auswärtigen Feindes würden selbstverständlich alle französischen Regimenter wie ein Mann zusammenstehen, aber von diesem Falle abgesehen giebt es nichts, was die Truppen abhalten könnte, entweder eine mißliebige Regierung zu stürzen oder einem unterdrückten Teile des Volkes zu seinem Rechte zu verhelfen. Wenn keins von beiden geschieht, so kann es nur daran liegen, daß kein Anlaß vorhanden ist. Die Regierung ist weder so mißliebige, noch so unerträglich, daß das Volk sie um jeden Preis los sein wollen müßte, und wenn es auch ohne Zweifel, wie überall in der Welt, unterdrückte Volksklassen giebt, so sind sie doch nicht zahlreich genug, einen Aufruhr wagen, einen ansehnlichen Teil des Heeres für sich gewinnen zu

können. Unter Boulanger hatten sich die unzufriednen Elemente gesammelt, aber als es zum Schlagen kam, da fand sich, daß sie zu schwach waren.

Diesen Beharrungszustand verdankt Frankreich seiner gesunden sozialen Schichtung und dem Umstande, daß bei der Langsamkeit seiner Volksvermehrung diese Schichtung keine rasche Veränderung zum Schlimmern erleiden kann. Frankreich hat unter allen Ländern Europas (abgesehen vom halbasiatischen Osten) den zahlreichsten Stand kleiner Bauern und kleiner Gewerbtreibenden und die wenigsten besitzlosen Lohnarbeiter; sogar die berüchtigten sozialistischen Bergarbeiter von Carmaux sind kleine Grundbesitzer. Für ein Volk von lauter kleinen Besitzern aber versteht es sich ganz von selbst, daß es konservativ ist, seine Staatsordnung zu erhalten strebt, so lange sie nur irgend hält, und sich nicht ohne zwingende Notwendigkeit in revolutionäre Abenteuer einläßt. Den Sozialdemokraten ist dieser Zustand Frankreichs höchst unbequem. Denn da Frankreich in vielen Beziehungen das fortgeschrittenste Land Europas, da es das klassische Land der Revolution, die Pflanzstätte der kommunistischen Lehren und der Schauplatz des großmäuligsten großstädtischen Demagogentums ist, da es außerdem des mächtigen Bollwerks gegen den Umsturz entbehrt, das in einer kraftvollen Dynastie und in der Anhänglichkeit des Volkes an sie besteht, so scheint Frankreich berufen, mit der kommunistischen Revolution voranzugehen. Aber die große Zahl der Besitzenden bildet ein mächtigeres Bollwerk als die stärkste monarchische Gewalt. Daher beeifern sich die deutschen wie die französischen Sozialdemokraten bei jeder Gelegenheit, dieses Bollwerk als schadhaft darzustellen. In der Kammer Sitzung, in der Dupuy sein konservativ-reformatorisches Programm entwickelte, antwortete ihm Saurès, der sozialistische Deputierte von Carmaux, in einer langen Rede und suchte namentlich den zahlreichen konservativen Bauernstand als Legende darzustellen: die Kleinbauern besäßen nur ein Viertel des anbaufähigen Bodens und seufzten unter dem Drucke der Steuern, des Wuchers und der Hypotheken; die Zahl der besitzlosen Landarbeiter, die keine Hoffnung auf Selbständigkeit hätten, berechnete er auf 4 Millionen. Die vollkommene Ruhe des Landes läßt jedoch unter den oben dargelegten Umständen diese Schwarzmalerei als übertrieben erscheinen. Wenn allerdings die Panamisten den fleißigen Weinbauern die mühsam zusammengesparten Fünffrankenstücke noch öfter aus den Strümpfen locken, so können sie nach etlichen Jahren etwas erleben; vorläufig aber werden unsre Sozialdemokraten klug handeln, wenn sie nicht zu kühne Hoffnungen auf die französischen Genossen laut werden lassen.

Bei allen andern Völkern Europas, auch bei uns, beruht der Staat in weit geringerem Maße auf dem Willen der ganzen Nation. Als 1867 der Norddeutsche Bund und 1871 das Reich durch das allgemeine Wahlrecht auf den Volkswillen gegründet ward, da lagen die Dinge noch ungefähr so wie heute in Frankreich; die Besitzenden bildeten eine so überwiegende Mehrheit,

daß, wenn man nur an den Augenblick und nicht an die Zukunft dachte, das Proletariat außer Rechnung gelassen werden konnte. Zwar hatte die Sozialdemokratie, dank Lassalle, schon in den sechziger Jahren Lärm gemacht, aber die maßgebenden Kreise brauchten sich vor einer Partei, die zum Teil ihr Geschöpf war, nicht zu fürchten; war es doch ein der Kreuzzeitung nahestehender Mann, der die Losung ausgegeben hatte, man müsse die Canaille gegen die Roture ausspielen. Allein man soll den Teufel nicht an die Wand malen; den Junkern ist ihr Plan nur allzu vollkommen geglückt, die „Roture“ ist politisch tot; so mausetot, daß Dinge wie bürgerliche Freiheit in ihrem Wörterbuche gar nicht mehr vorkommen, daß sie sich blindlings dem Schutze und der Herrschaft des absoluten Militärstaats übergeben hat, und daß trotz ihrer phänomenalen Schäßigkeit aus ihren beiden Hauptkreisen, der Großindustrie und der Börse, zwei schüchterne Anläufe genommen worden sind, dem Reiche eine freiwillige Spende zur Deckung der Kosten der letzten Militärvermehrung anzubieten. Allein ist die Bourgeoisie politisch tot, so ist sie dafür wirtschaftlich desto lebendiger und eben daran, die Güter der ostelbischen Junker zu verspeisen; das Sprühteufelchen aber, womit man die Geldsäcke zu schrecken und militärfromm zu machen gedachte, hat sich zur größten politischen Partei ausgewachsen.

Dieser letzte Erfolg ist nun allerdings nicht eine Wirkung jener übermütigen Junkerpolitik, sondern der natürlichen Volksvermehrung. Da im Jahre 1870 der anbaufähige Boden Deutschlands vollständig verteilt und kein Raum für Schaffung neuen Grundbesitzes mehr vorhanden war, so mußte seitdem alle weitere Volksvermehrung proletarisch ausfallen. Denn das Nationalvermögen besteht, abgesehen von Schuldforderungen an andre Nationen, der Hauptsache nach im heimatlichen Grund und Boden. Dieser wird teils unmittelbar besessen, teils mittelbar durch Hypotheken, Renten u. s. w. Bezahlungen sind Anweisungen auf einen Teil des Bodenertrages, den der Staat in Form von Steuern vorwegnimmt. Sobald die Zahl der Landgüter nicht mehr vermehrt werden kann, kann der fernere Menschenzuwachs nur noch mit Hypotheken ausgestattet werden, also durch steigende Belastung des Grundbesitzes, und die Not der Landwirtschaft, so weit eine solche wirklich vorhanden ist, besteht in weiter nichts, als darin, daß die Gutbesitzer immer mehr Miteßer bekommen, indem ihre eignen Söhne samt denen der Bourgeoisie nur auf ihre Kosten mit Vermögen ausgestattet werden können. So sehr nun auch der Grundbesitzerstand durch die steigende Last bedrückt und teilweise erdrückt werden mag, so kommt dieser hypothekarische Mitbesitz doch immer nur einer Minderheit zu gute; die ungeheure Mehrzahl der Zuwachsenden gelangt nicht in den Besitz eines kleinen Kapitals. Denn je größer die Reservearmee der Lohnarbeiter wird, desto mehr sinken die Löhne, damit auch der Arbeitsverdienst der Handarbeiter, desto mehr verfällt der Mittelstand und

wird die Kapitalanhäufung begünstigt, desto mehr kommt also die steigende Belastung des Grundbesitzes nicht der Gesamtheit der industriellen Bevölkerung, sondern nur solchen zu gute, die so schon reich sind.

So wächst also die Zahl der Besitzlosen, d. h. der Feinde der Gesellschaft und des Staates, alljährlich um einige Hunderttausend. Wenn der Proletarier notwendig ein Staatsfeind ist, so ist damit natürlich nicht gesagt, daß er auch ein schlechter Patriot sein müsse. Aber gerade je leidenschaftlicher ein Besitzloser sein Vaterland liebt, desto grimmiger wird er die Einrichtung hassen, die ihn hindert, ein Stück dieses Landes als Eigentum zu erwerben, und diese Einrichtung ist eben der Staat.

Die revolutionäre Gesinnung der Besitzlosen ist etwas naturnotwendiges; sie ist überall und immer hervorgetreten, wo sich größere Massen von Besitzlosen angesammelt haben. Nur Sklaven machen eine Ausnahme, nicht allein deswegen, weil denen gewöhnlich Ehrgefühl und Energie fehlen, sondern auch deswegen, weil ihre Existenz gesichert ist, und weil das, was sie etwa zu leiden haben, nicht auf Rechnung der öffentlichen Einrichtungen, sondern auf Rechnung des Charakters ihres Herrn kommt, weshalb unzufriedne Sklaven gewöhnlich nicht Revolution machen, sondern sich durch Verbrechen an ihren Herrschaften rächen; zum Staate haben sie gar kein Verhältnis. Alle Besitzlosen dagegen, die nicht Sklaven sind, sind notwendig Feinde des Staates, und darum ist es ausnahmslos Grundsatz aller verständigen Völker gewesen, größere Massen Besitzloser nicht aufkommen zu lassen. Darauf beruhten die Koloniengründungen der Griechen, Phönizier, Karthager, die innere Kolonisation Sullas, Cäsars und einiger römischen Kaiser, die Völkerwanderung, die weiter nichts gewesen ist, als die großartige Koloniengründung der germanischen Stämme, die Gründung Neudeutschlands östlich von Elbe und Inn, die Kolonialpolitik der Holländer, Engländer und Franzosen. Es gehört ein unglaublicher Grad von Beschränktheit dazu, wenn sich unsre heutigen deutschen Politiker einbilden, im neunzehnten Jahrhundert werde sich ihnen zu Gefallen die Menschennatur plötzlich ändern, und die Proletarier würden sich dazu hergeben, als gehorsame und treu ergebene Unterthanen einen Staat zu stützen, der ihnen weder in seinem eignen Bereich eine Existenz darbietet, noch ihnen ein Kolonisationsgebiet eröffnet, ja der ihnen sogar Hindernisse in den Weg legt, wenn sie auf eigne Faust ihr Glück in der Ferne suchen wollen. Diese notwendige revolutionäre Gesinnung und Bewegung mit Eugen Richters „Irrlehren,“ mit frommen Traktätlein und landrätlichen Belehrungen bekämpfen, das ist genau dasselbe, wie wenn sich eine dumme katholische Dorfgemeinde vor Wasserfluten und Felsstürzen mit Weihwasser, Kreuzzeichen und kirchlichen Segenssprüchen schützen will.

Die revolutionäre Gesinnung aller Besitzlosen — ich wiederhole es — ist Naturnotwendigkeit; sie ist eine der Grundkräfte des politischen Lebens. Die sozialdemokratische Form der heutigen Proletarierbewegung ist etwas zufälliges

und nebenfächliches; die englischen Arbeitermassen sind den dortigen Landlords und Kapitalisten nicht weniger gefährlich, obwohl ihre Gewerkvereine von Grundsätzen und Anschauungen ausgegangen sind, die zu denen eines Karl Marx im schärfsten Gegensatz stehen. Die hauptsächlichste Wirkung der vortrefflichen Organisation der deutschen Sozialdemokratie besteht darin, daß sie solche Thorheiten verhütet, wie Dynamitattentate sein würden. In einer Zeit, wo alle Fürsten weiter nichts als Soldaten, alle Staaten Militärstaaten sind und die Kräfte der Völker vorzugsweise für die Vorbereitung zum Kriege, d. h. zum Massenmord angestrengt werden, wo man auf allen Feldwegen mit Menschengestalten bemalte Scheiben sieht, auf die entweder bloß gezielt oder auch scharf geschossen wird, wo die Erfindung und Herstellung neuer Mordwaffen und furchtbarer Sprengstoffe zu den wichtigsten Aufgaben der Wissenschaft und der Industrie gehört, wo endlich die Lohnarbeiter in Fabriken und Gruben alljährlich zu Tausenden verbrennen, in die Luft fliegen oder Verstümmelungen erleiden, in einer Zeit, wo der verzweifelte Kerl, die nichts zu fürchten und nichts zu hoffen haben, immer mehr werden, in einer solchen Zeit und in Erinnerung der häufigen politischen und sozialen Verbrechen früherer Zeiten muß man sich über nichts mehr wundern, als daß sich der Groll der Besitzlosen so selten in Attentaten Luft macht. Für Deutschland liegt die Erklärung in der vortrefflichen Organisation und Disziplin der Sozialdemokratie, die nicht gestattet, daß mühsam errungene oder zu erringende soziale und politische Erfolge durch Thaten der Ungeduld, der Leidenschaft, des Wahnwizes in Frage gestellt werden. Deshalb sind auch alle Berechnungen jener „Staatszerhaltenden“ eitel, die da hoffen, ein großes Attentat oder ein großer Putsch der Sozialdemokraten werde ihnen den Vorwand zu einem großen Gemetzel unter den Arbeitern und zu einem Staatsstreich darbieten. Was nach dieser Richtung hin möglich war, scheint unter Puttkamer versucht worden zu sein; aber die wunderbare Selbstbeherrschung und Vorsicht, die sich die Arbeiter unter dem Sozialistengesetz anezogen haben, hat alle jene Versuche vereitelt. In der Reichstagsitzung vom 30. November vorigen Jahres sprach Liebknecht: „Der Lockspizel Thring-Mahlow, der in eine andre Stelle versetzt, aber nicht bestraft worden ist, hat den Sozialdemokraten gesagt: »Ihr seid lauter Feiglinge, man muß das Schloß in die Luft sprengen,« und er hat ihnen gezeigt, wie man Bomben dazu macht.“ Niemand hat ihn widerlegt, und auch die Berichte über zahlreiche andre ähnliche Lockspizeleien, die der Vorwärts von Zeit zu Zeit bringt, sind unwiderlegt und — unverfolgt geblieben. Wären sie unwahr, dann wären sie so abscheuliche Verleumdungen der Staatsregierung, daß keine Strafe schwer genug erscheinen würde, sie zu sühnen, und die Staatsanwälte, die so oft wegen lächerlicher Kleinigkeiten dreinfahren, würden sich eine solche Gelegenheit nicht haben entgehen lassen, Leute wie Liebknecht für immer unschädlich zu machen. Also das Lockspizelsystem ist bankrott, und wer auch keine sittliche Scham mehr

kennt, den sollte wenigstens die Klugheit zurückhalten, die Wiederholung solcher Versuche auch nur andeutungsweise zu empfehlen. Das einzige, was in den Gemütern der Armen und Unterdrückten dem Keimen revolutionärer Gesinnung vorzubeugen vermöchte, das wäre die Religion, oder wenn man will, die Bigotterie. Aber die haben unsre Liberalen im protestantischen Teile des Volkes so gründlich zerstört, daß an ihre Wiederbelebung gar nicht mehr zu denken ist. Wenn man jetzt durch zahlreiche Kirchenbauten für die Berliner Heiden und durch Kirchenbesuche hoher Personen unter militärischer Bedeckung die Religion geschwind wieder herzustellen gedenkt, so — ist es schwierig, bei diesem Experiment ernsthaft zu bleiben.

Aber das Proletariat ist nicht der einzige Gegner des neuen deutschen Staates. Wir haben noch den konfessionellen Gegensatz. Diesen zu überwinden, war die Meinung der ideal gestimmten unter den Kulturkämpfern. (Was die weniger Idealen dabei dachten und wollten, mag hier unerörtert bleiben.) Der auf falschen Voraussetzungen gebaute Plan ist gescheitert, und der einzige Erfolg hat darin bestanden, daß der katholische Teil der Bevölkerung Deutschlands, der dem Preußentum vorher nur kühl und mißtrauisch gegenüberstand, jetzt von tiefer Abneigung und unversöhnlichem Groll dagegen erfüllt ist. Auch die Katholiken Westfalens und Schlesiens, die durch die weise Politik Friedrichs des Großen für die preußische Regierung und das Haus Hohenzollern innerlich gewonnen worden waren (das Volk der Rheinprovinz ist dem Preußentum stets abgeneigt geblieben), sind durch den Kulturkampf beiden gründlich entfremdet worden. Diese Deutschen sind soweit loyale Unterthanen, daß sie sich nichts werden zu schulden kommen lassen, aber von Liebe, Anhänglichkeit und Vertrauen — keine Spur mehr.

Die Abneigung des katholischen Teils beruht aber nicht bloß auf konfessionellen, sondern zugleich auf landschaftlichen und politischen Rücksichten, die nicht wenige protestantische Landsleute mit ihnen teilen. Aus Baiern werden zahlreiche Ausbrüche des wütendsten Hasses gegen Preußen gemeldet, und der bekannte bairische Revolverjournalist hat nur dadurch Einfluß erlangt, daß er sich zum Mundstück dieser Stimmung macht. Wie viel Boden die preußenfreundliche nationalliberale Partei Badens in dem Volke hat, das sie seit dreißig Jahren beherrscht, hat die Reichstagswahl von 1890 gezeigt, die die national-liberale Vertretung wegsetzte, und in den letzten Steuerdebatten des badischen Landtags haben nicht einmal die nationalliberalen Abgeordneten die neue Reichssteuer-„Reform“ zu empfehlen gewagt. Die geheimnisvollen Andeutungen endlich über Spannungen zwischen Berlin und Stuttgart besagen weiter nichts, als daß sich die württembergische Regierung der Umarmung Preußens einigermaßen zu entziehen suchen muß, wenn sie nicht den Boden im eignen Volke verlieren will. Auch in Hessen und Hannover, und zwar in rein protestantischen Kreisen dieser Provinzen, regt sich der Partikularismus.

Aber es giebt für diese Opposition noch einen höhern politischen Gesichtspunkt, der, wie gesagt, auch von manchen Protestanten, und nicht den schlechtesten, geteilt wird: den großdeutschen. Der Fehler der Großdeutschen hat seinerzeit darin bestanden, daß sie der für den Augenblick allein möglichen Lösung der deutschen Frage widerstrebten. Aber die Kleindeutschen begehen einen noch größern Fehler, wenn sie diese vorläufige Lösung für endgiltig ansehen. Ein deutsches Reich, dem von dem frühern Deutschland noch beinahe 5000 Quadratmeilen und 20 Millionen Einwohner fehlen, ist noch nicht das deutsche Reich, und der Deutsche von heute hat das Lied des alten Arndt: „Sein Vaterland muß größer sein“ einstweilen weiter zu singen. In militärischer Beziehung ist das neue Reich nur eine neue Auflage des alten Preußens: ein Staat mit ganz unmöglichen Grenzen und in einer so übeln Lage, daß seine Sicherheit nicht auf der Wucht seiner Volksmassen und der Abrundung seines Gebietes beruht, sondern auf erschöpfenden Rüstungen, künstlichen Allianzen und jenem *Toujours en vedette*, das im Volke keine behagliche Stimmung aufkommen läßt. Endlich bringt es diese militärische Lage auch mit sich, daß sich die Deutschen den preussischen Eigentümlichkeiten mehr anbequemen müssen, als ihnen lieb und als ihnen für ihr Volkstum heilsam ist. Diese sehr achtungswerten Eigentümlichkeiten haben dem deutschen Volke in der Zeit von 1813 bis 1870 große Dienste geleistet, aber eben dasselbe, wodurch sie die Zusammenfassung der Massen zu Kraftwirkungen nach außen befördern, hindert die innere Assimilation, und vor allem: sie sind nicht eigentlich deutsch. Preußen kann und darf daher so wenig Deutschland werden, als ehemals Mazedonien Hellas werden konnte; wohl aber ist mit dieser Vergleichung der weltgeschichtliche Beruf Preußens ausgesprochen.

Und auch mit diesem berechtigten Partikularismus sind die Quellen der Unzufriedenheit noch nicht erschöpft. Preußen hat drittelhalb Millionen polnischer Unterthanen. Der gemeine Mann in Posen und Westpreußen weiß die Wohlthaten einer geordneten verständigen Verwaltung, die ihm Preußen erwiesen hat, wohl zu schätzen, und bei ruhigem und geduldigem Abwarten würde die an Zahl und Kultur schwächere Nationalität von der stärkern allmählich und unmerklich absorbiert worden sein, wie das im Mittelalter in den ehemals slawischen, jetzt deutschen Landesteilen überall geschehen ist. Eines schönen Tages aber hat der preussischen Regierung, wahrscheinlich weil der Kulturkampf und das Sozialistengesetz noch nicht genug Haß gegen Preußen erregt hatten, eine stürmische Germanisirung nach dem Muster Josephs II. beliebt, und der Erfolg ist natürlich derselbe gewesen;*) der großpolnische Ge-

*) Ein konservativer Abgeordneter begründete damals seine Zustimmung zu den Regierungsvorlagen mit einem halb biblischen Spruche, der etwa lautete: „Herr, deine Wege sind dunkel, aber wir folgen dir blindlings, denn wir vertrauen dir.“ Dunkel war die Sache allerdings, aber doch nicht so dunkel, daß man nicht verschiedene Zusammenhänge gespürt hätte,

danke hat auch Oberschlesien ergriffen, das ehemals ganz frei davon war, die Reste des verlumpten polnischen Adels nehmen sich sittlich und wirtschaftlich zusammen, mit dem Gelde, das ihnen die Ansiedlungskommission gezahlt hat, helfen sie in den Städten ihren ärmern Landsleuten auf und begründen einen polnischen Gewerbebestand, der früher nicht vorhanden war, der die Konkurrenz mit dem deutschen Gewerbebestande und dem jüdischen Handelsstande aufnimmt, und die polnische Fraktion, die nach dem bewährten Rezept der galizischen Brüder arbeitet, hat sich zum Zünglein an der Wage zu machen gewußt; sie bewilligt der Regierung alles, was sie haben will, und läßt sich dafür auf dem nationalen Gebiete bezahlen.

Nicht glücklicher ist die preußische Regierung in Elsaß-Lothringen gewesen. Aus zwei Zuschriften an die Berliner Morgenzeitung Nr. 228 vom September vorigen Jahres teilen wir folgende Sätze mit. Ein Pfälzer, der sich in Lothringen niedergelassen hat, schreibt, er kenne die Stimmung der Landsleute genau, „vor allem wollen sie nicht »preußisch« sein; gegen die Beamten preußischer Herkunft hegen sie alle mehr oder weniger Haß und Mißtrauen. Für einen großen Mißgriff halte ich es, daß man die Militärpflichtigen nur in preußische Regimenter einreicht. Fast die Hälfte aller Militärpflichtigen wandert aus, manche gehen, um nicht als Preußen zu dienen, nach Baiern; haben doch dieses Jahr bei einem in Zweibrücken garnisonierenden Infanteriebataillon achtzig Mann aus dem Elsaß gedient.“ Und ein Elsässer schreibt: „Wir werden uns nicht so bald an das Gift des Religionshasses und des Kastengeistes gewöhnen, das mit der preußischen Herrschaft eingeschleppt worden ist. Bei uns konnte der Sohn eines Handwerkers so gut Offizier werden wie der Sohn eines Grafen, die katholischen Priester wurden nicht Schweinehunde geschimpft, und es wurden keine offiziellen Religionshegen unter den Augen der Regierung veranstaltet. Um Religion haben wir uns sonst überhaupt nicht gekümmert; die war Sache jedes einzelnen; es war nicht Sitte, daß Verwaltungs-, Polizei- und Militärbehörden einem bei jeder Gelegenheit die Frage: »Welcher Konfession?« vorgelegt und, wenn man sich nicht zur Staatsreligion bekannte, einen Querkopf und Juden gescholten hätten.“

In gewissen Kreisen, die die „nationale“ Gesinnung in Erbpacht haben, ist man mit dem Bescheid auf solche Beschwerden schnell fertig. „Die Kerls sind zu nachsichtig behandelt worden und darum frech geworden; hauen, daß sie sich nicht rühren können, das ist die allein richtige Politik!“ Nun, diese Politik ist es eben, was es soweit gebracht hat, daß weiten Kreisen des

die anzudeuten damals gefährlich war. Nachträglich ist einer davon an maßgebender Stelle mit erstaunlicher Offenherzigkeit eingestanden worden, und vor einigen Wochen haben sogar die Preussischen Jahrbücher, ja! die Preussischen Jahrbücher! einen Aufsatz gebracht, dessen Grundgedanke war, auf die Dauer gehe es doch wohl nicht an, daß Preußen seine innere Politik nach den Wünschen Rußlands einrichte.

deutschen Volkes die Namen Preußen und National, oder wenigstens National-liberal, ein Greuel find. Hätte die Regierung alle Herzenswünsche dieser „nationalen“ Herren erfüllt, so würde sich heute vielleicht das Volk von Danzig bis Colmar und von der Emsmündung bis nach Oberschlesien im offenen Aufruhr befinden. Ich könnte diese Politik mit einem Worte Macaulays kritisieren; weil dieses aber die betreffenden Herren, von denen uns einige befreundet sind, tief kränken würde, so will ich sie nur mit einem Kalenderwitz abfertigen. Was fehlt dir? fragt der Pfarrer den betrübten Peter. „Meine Frau will fort von mir.“ So suche sie doch eines bessern zu belehren! „Das thu ich ja alle Tage; ich versuche alles mögliche; ich schimpfe sie und haue sie, und ich prügte sie alle Tage derber; aber jedesmal, wenn ich aufhöre, schreit sie: bei dir bleib ich nicht!“

Für unsre „Nationalen“ ist es Glaubenssatz, daß die Regierung verpflichtet sei, bei jeder Gelegenheit gerade das zu beschließen, was ihnen angenehm und den Gegnern unangenehm ist; ja nicht einmal Gesetze, die sie an sich billigen würden, mögen sie, wenn ihnen die „Reichsfeinde“ zugestimmt haben. Als der Antrag, die Ausnahmebestimmungen gegen die Jesuiten aufzuheben, vom Reichstage angenommen worden war, da riefen die Männer der Kölnischen Zeitung: Was, sollen wir uns von Ultramontanen, Polen und Sozialdemokraten Gesetze vorschreiben lassen? Und als die drei „kleinen“ Handelsverträge von einer Mehrheit angenommen worden waren, für die „die Sozialdemokraten, der Freisinn, die Welfen und die Polen“ den Ausschlag gegeben hatten, da betrachtete das die Schlesische Zeitung als ein Unglück und eröffnete ihre nächste Sonntagsnummer mit einem Klageliede über „den Niedergang des Reichsgedankens.“ Nun, das ist eben der Kernpunkt der innern politischen Krisis. Der Staat, so habe ich eingangs gesagt, kann entweder auf der Gesamtheit seiner Bewohner, oder auf einer privilegierten Minderheit, oder auf dem Monarchen ruhen. Im heutigen Deutschland befinden sich die Kreise, die sich mit Vorliebe national nennen, in der Minderheit; die Mehrheit besteht aus Katholiken, Sozialdemokraten, Polen, Elsaß-Lothringern, andern Partikularisten, Demokraten.*) Wollen die „Nationalen“ auf diese Mehrheit den Staat nicht bauen, so müssen sie sich selbst als herrschende Kaste konstituieren und folgende zwei Sätze zur Grundlage der deutschen Verfassung machen: 1. Um das aktive und passive Wahlrecht zu genießen, muß man Protestant und deutscher Abstammung sein und mindestens 3000 Mark Einkommen entweder aus Grundbesitz oder von Kapitalvermögen oder als Besoldung vom Staate

*) Anhaltspunkte für die Berechnung der Stärke dieser Mehrheit giebt die von der Regierung vier Monate lang verheimlichte Statistik der letzten Reichstagswahl an die Hand. Frühere „nationale“ Mehrheiten sind durch Kunststücke zustande gebracht worden, die, ein oder zweimal angewandt, nicht mehr ziehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die oppositionelle Mehrheit aus den oben angeführten Gründen stetig wachsen muß.

haben. 2. Um für ein höheres Reichs- oder preußisches Staatsamt befähigt zu sein, muß man außerdem Sprößling entweder des ostelbischen Adels oder einer alten vornehmen Beamtenfamilie oder eines Großindustriellen sein. Wagen das die „Nationalen“ nicht, dann bleibt für sie nur der monarchische Absolutismus übrig, den wir ja tatsächlich auch schon haben, und bei dem sie ihre persönlichen und Standeswünsche durch unverantwortliche Ratgeber durchsetzen, wie sie das bei der Beseitigung des Kultusministers von Zedlitz gemacht haben. Aber diese Art Regierung unter der Maske des Konstitutionalismus durchzuführen, das wird je länger desto schwieriger; die Herren werden sich also schon zu einem Staatsstreich aufraffen müssen.

Die absolute Monarchie kann sich aber nur auf ein Heer stützen, das nicht auf der allgemeinen Dienstpflicht beruht, nicht das Volk in Waffen ist; hier liegt die Hauptschwierigkeit. Vorläufig allerdings bildet das Heer noch ein Gegengewicht gegen die Zersplitterung des Volkes in oppositionelle Parteien, denn die preußischen Heereseinrichtungen sind so vortrefflich, daß viele aus oppositionellen Volkskreisen stammende Rekruten durch den Militärdienst dem Staate — wenigstens vorübergehend — gewonnen werden. Allein die offensibare Ängstlichkeit, mit der seit etwa fünfzehn Jahren die Güter des Staates ihrerseits vor „Verführung“ behütet werden, bezeugt nur zu deutlich, wie sehr man sich an leitender Stelle der drohenden Gefahr bewußt ist; es mag gehen, so lange es geht, aber schließlich wird das „Volk in Waffen“ von derselben politischen Gefährdung durchdrungen sein wie das Volk überhaupt.

Die Grundlage des deutschen Staates ist also zu schmal und wird immer schmaler; und diese schmale Grundlage scheint durch die rücksichtslose Selbstsucht des einen Bestandteils auch noch in zwei Stücke zerrissen werden zu sollen. Der Bund der Landwirte kämpft mit leidenschaftlichem Ungestüm gegen die Großindustrie, denn nicht mehr und nicht weniger bedeutet ihr Widerstand gegen den Abschluß von Handelsverträgen. In den Grenzboten ist vor kurzem auf die Künstlichkeit der Grundlage des englischen Volkslebens hingewiesen worden, und daß auch in Deutschland die natürliche Grundlage mehr und mehr durch eine künstliche ersetzt werden muß, beklage ich als ein großes Unglück. Aber da nun einmal die natürliche Grundlage vorläufig nicht ausreicht, so bleibt doch nichts übrig, als die künstliche zu Hilfe zu nehmen, wenn man nicht jedes Jahr ein paar hunderttausend überzählige Menschen totschlagen will. Der Freiherr von Stumm, der weit entfernt ist von jeder Neigung zur Schwarzmalerei — hält er doch unsere Gesellschaftsordnung für die beste und den Sozialismus für eine heillose Verirrung —, hat dem Reichstage vorgerechnet, daß durch die Ablehnung der drei kleinen Handelsverträge 100000 Arbeiter brotlos werden würden, und der Reichskanzler hat in einer seiner Reden den Gedanken ausgeführt: die Landwirtschaft ist nicht imstande, in ihrer Produktion mit unserm Bevölkerungszuwachs von jährlich einer halben Million gleichen Schritt

zu halten (nämlich in einem Staate, der nicht für jeden Neugeborenen einen weitem Morgen Landes urbar zu machen hat, ist sie das nicht imstande, andernfalls wäre sie es); dieser Zuwachs kann nur durch eingeführtes Getreide ernährt werden, das nur mit Industrieerzeugnissen bezahlt werden kann, deren Ausfuhr also steigen muß. Der Bund hat es mit seiner unredlichen Agitation (daß er geradezu Lügen verbreitet, haben ihm im Reichstage die Regierungsvertreter nachgewiesen) so weit gebracht, daß ein Teil des Bauernstandes, des konservativsten, ruhigsten, geduldigsten und loyalsten aller Stände, der Regierung in Dingen opponiert, in denen sie unbedingt Recht hat, und womit sie nur eine dringende Pflicht erfüllt; der Bund hat also die berechnete Opposition der schlecht behandelten Bevölkerungsgruppen noch durch die gänzlich unberechtigte Opposition eines Standes verstärkt, der, wenigstens in dem vorliegenden Streitpunkte, schlechterdings keinen Grund zur Klage hat.

Die Abneigung der Mehrzahl der deutschen Reichsangehörigen gegen Preußen, gegen die Regierung und gegen die herrschenden Bevölkerungsklassen ist nicht so zu verstehen, daß die Opposition die Zertrümmerung des Reichs wünschte oder geneigt wäre, Deutschland an das Ausland zu verraten; mit dem Auslande konspiriert haben zwar oft genug deutsche Fürsten und Minister, aber niemals deutsche Bürger und Bauern, und diese werden es auch in Zukunft nicht thun. Daß die deutschen Volkskräfte zur Verteidigung des Vaterlandes und aus wirtschaftlichen Gründen zusammengefaßt werden müssen, erkennen auch alle oppositionellen Gruppen an, und in einem Kriege gegen Rußland würden sogar die Sozialdemokraten mit ganzem Herzen dabei sein. Diese Abneigung gilt nicht dem Vaterlande, auch nicht dem Reiche, auch nicht dem Staate an sich, sondern eben bloß den oben genannten drei Gewalten im Vaterlande: Preußen, dem Bundesrate und der herrschenden Klasse. Aber es ist klar, daß bei dieser Zwiespältigkeit zwischen Regierung und Volk fröhliches Schaffen, zu dem alle Volkskräfte zusammenwirken müßten, nicht möglich ist. Das deutsche Volk kann in seiner jetzigen Lage nicht gesund werden, weil das Gewand, das man ihm 1867 und 1871 zugeschnitten hat, zu eng ausgefallen ist, und zwar in einem dreifachen Sinne zu eng: indem ein wichtiger und unentbehrlicher Teil des deutschen Landes und viele Millionen Deutsche vom Reiche ausgeschlossen worden sind, indem das den Reichsdeutschen zugemessene Gebiet für ihre wachsende Bevölkerungszahl nicht ausreicht, und indem den Deutschen insgesamt zugemutet wird, sich von spezifisch preussischen Gedanken, Einrichtungen und — Familien beherrschen zu lassen.

